

Willi Brase, MdB

Engagementpolitische Bilanz der Legislaturperiode

Die Bandbreite der im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement behandelten Themen bildete die Vielfältigkeit des Engagements sehr gut ab. Zu den großen Themenbereichen gehörten zum einen „Bürgerschaftliches Engagement und Integration“ mit den Einzelaspekten „Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten“, „Ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe“ sowie „Umgang mit Übergriffen auf ehrenamtliche Helfer in der Flüchtlingshilfe“. Des Weiteren gab es intensive Beratungen zur „Monetarisierung im Engagementbereich“ und zu den Zukunftsfragen und zukünftige Herausforderungen, wie der „Nachwuchsgewinnung im klassischen Ehrenamt“, „der Förderung des Engagements von sozial Benachteiligten durch Gemeinwesenarbeit“, „Bürgerschaftliches Engagement und die Digitalisierung der Gesellschaft“ sowie „die Transparenz im gemeinnützigen Sektor“ und der „Reformbedarf im Gemeinnützigkeitsrecht“. Weiterhin gab es auch Beratungen zu „dem Engagement von Unternehmen“, über „die Anerkennungskultur“ und die verschiedenen „Vorhaben in den einzelnen Bundesländern“ wurde diskutiert.

Dies geschah immer sehr konstruktiv und an der Sache orientiert. Der Ausschuss hatte und hat den Anspruch, Sprecher und Ansprechpartner für Freiwillige und Initiativen zu sein. Diesem sind wir auch gerecht geworden, auch wenn uns durch die Beschränkungen eines Unterausschusses ab und an Grenzen gesetzt waren.

Mehr finanzielle Unterstützung

Positiv muss herausgestellt werden, dass in dieser Legislaturperiode mehr Haushaltsmittel für die Engagementförderung bereitgestellt wurden. Dieser Mittelaufwuchs im Bereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde in großen Teilen einvernehmlich von allen im Parlament vertretenen Parteien mitgetragen. Dies zeigt die vorhandene Wertschätzung gegenüber den Engagierten unter den Abgeordneten.

Ein ordentlicher Ausschuss für die Engagierten

Auch wenn ich in der kommenden Legislaturperiode dem Deutschen Bundestag nicht mehr angehören werde, so setze ich mich dennoch mit voller Kraft dafür ein, dass es ab dem Herbst einen ordentlichen Ausschuss Bürgerschaftliches Engagement gibt. Dieser hätte deutlich mehr Rechte als der aktuelle Unterausschuss und könnte selbst Initiativen initiieren. Ebenfalls würden wir die Themen der Engagierten noch stärker als bisher in der Öffentlichkeit platzieren können. Wir sind es den etwa 30 Millionen Menschen die sich tagtäglich en-

gagieren schuldig, ihnen eine angemessene Repräsentation im höchsten Deutschen Parlament zu verschaffen.

Ausblick und Herausforderungen

Neben der dringend nötigen Etablierung eines ordentlichen Ausschusses Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag stehen auch thematisch wichtige Entscheidungen für die Engagierten an. Dazu zählen eine Weiterentwicklung der Freiwilligendienste sowie eine Stärkung der Anerkennungskultur. Ebenso braucht es eine Weiterentwicklung des Gemeinnützigkeitsrechts. Auch eine stärkere Vernetzung deutscher mit europäischer Engagementpolitik sehe ich als wichtig an, um auch auf diesem Wege die demokratischen Überzeugungen in ganz Europa weiter zu stärken und den Populisten entgegenzuwirken.

Dreiklang von Guter Bildung, Guter Arbeit und Gutem Engagement

Ohne Freiraum – sowohl im zeitlichen und geistigen Sinne – kann gutes Engagement nicht gelingen. Allerdings wird freie Zeit zunehmend zu einem kostbaren Gut. Selbst Kinder und junge Menschen stehen heute wie Erwachsene häufig unter immensen Zeitdruck. Sei es durch Schul- und Studienreformen wie die Verkürzung der Schulzeit zur Hochschulreife auf 12 Jahre oder die Verschulung des Hochschulstudiums im Rahmen des Bologna-Prozesses. Wie sollte hier noch Platz für Engagement sein?

Auch „normale“ Arbeitszeiten sind ein Auslaufmodell. Ständige Erreichbarkeit und zunehmend mehr Beschäftigung in Teilzeit, im Schichtdienst und auf Abruf sind heute Usus in der Arbeitswelt. Die geforderte Flexibilität hat auch Einfluss auf das Freizeitverhalten – und damit auf die Zeit für Bürgerschaftliches Engagement.

Blaulichtorganisationen, Sportvereine, Jugendverbände und kirchliche Organisationen klagen bereits heute über massive Nachwuchsprobleme. Hier müssen wir einen deutlichen Strich ziehen! Zur Verbesserung des Demokratieverständnisses sowie zur Stärkung der Partizipation und Inklusion muss das Bürgerschaftliche Engagement selbstverständlich Eingang in Schul-, Ausbildungs- bzw. Studienpläne finden. Bereits in der Kita- und Grundschulzeit können Kinder in Engagement-Projekten die ersten Schritte gehen.

Die inhaltliche Ausrichtung von gutem Engagement ist für mich zivil, weil damit ein Beitrag zur demokratischen Lösung gesellschaftlicher Konflikte geleistet wird sowie die Vielfalt und Interessensunterschiede anerkannt werden. Auch fördert und erfordert es Beteiligung und kann somit zur „Schule der Demokratie“ werden. Gutes Engagement stärkt die Bürgerinnen und Bürger und verdient Anerkennung. Es ist sowohl eigensinnig und gelegentlich unbequem, aber auch inklusiv. Für gutes Engagement benötigt es Räume, die als Lernorte der Bürgergesellschaft fungieren. Schlussendlich braucht gutes Engagement Zeit, um in einer Epoche, die von Beschleunigung und Zeitknappheit gekennzeichnet ist, nicht obsolet zu werden.

Einen ausführlichen Beitrag zur Engagementpolitik in den vergangenen vier Jahren habe ich für das Engagementpolitische Jahrbuch des BBE verfasst. Dieses erscheint voraussichtlich Ende 2017.

Autor

Willi Brase, MdB, ist Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: willi.brased@bundestag.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de